

Ein Urteil mit Augenmaß

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Das nächste Jahr wird in Berlin also wieder ein Wahljahr. Noch immer spürt die Hauptstadt die Nachwehen der Wahl aus dem Jahr 2021. Das Chaos bei der Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl suchte seinesgleichen. Die Verwaltung war heillos überfordert, weil parallel zum Bundestag auch das Abgeordnetenhaus und die zwölf Bezirksparlamente neu gewählt wurden. Der zeitgleich ausgetragene Berlin-Marathon erschwerte den Wahlhelfern die Arbeit, etwa das Nachliefern von Wahlzetteln, weil viele Straßen gesperrt waren. Die Corona-Schutzmaßnahmen taten ihr Übriges.

Es war ein Desaster mit Ankündigung. Der Beschluss des Bundestages ein Jahr darauf verwunderte: Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP kam man zu dem Schluss, dass die Wahl in 431 Wahlbezirken wiederholt werden soll. Die Ampel-Fraktionen begründeten ihre Vorlage damit, dass mit einer Neuwahl in den 431 Lokalen die Wahl überall dort wiederholt würde, wo es tatsächlich zu Pannen und Fehlern gekommen war. Betroffen waren davon aber nur rund ein Fünftel der 2256 am 26. September 2021 geöffneten Wahllokale. Der Unionsfraktion reichte das nicht aus, sie zog nach Karlsruhe.

Das Bundesverfassungsgericht entschied nun: Die Berliner Pannenwahl muss in 455 Wahlbezirken der Hauptstadt wiederholt werden. Der Wahlprüfungsbeschwerde der Union wurde also nur in Teilen recht gegeben, eine Wiederholung der gesamten Bundestagswahl verneinte das Gericht. Allerdings war der Beschluss der Ampel-Fraktionen ebenfalls nicht ausreichend. Es ist ein Urteil mit Augenmaß, das – Stand jetzt – kaum Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Bundestages haben wird. Das Urteil ist aber auch eine Warnung an alle Verwaltungen in diesem Land: Führt Wahlen verfassungsgemäß durch und überträgt Wahltag nicht.

Ein Protest, den jeder versteht

VON SINA ZEHRFELD

Im Grundsatz unterscheidet sich ein Bauernprotest wie der von Montagabend nicht von dem, was die sogenannten Klimakleber tun. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, greift eine Gruppe in den Straßenverkehr ein und hindert Unbeteiligte am Fortkommen. Ein passiv-aggressiver Protest, um Aufmerksamkeit zu erzwingen. Doch ist die Wirkung auf die Öffentlichkeit ganz anders. Das liegt auch an der besonderen Rolle der Landwirte. Sie bieten viel Identifikationsfläche. Jeder muss essen, und das Essen kommt vom Feld. Landwirtschaft prägt die niederrheinische Kulturlandschaft, das führt ans Heimatgefühl. Und die Ziele der Bauern sind nicht komplex oder wirken schwer umsetzbar. Da ist ein Berufsstand in Aufruhr, dem etwas weggenommen werden soll. Das versteht jeder.

Vor allem aber haben die Landwirte den Bogen bisher noch nicht überspannt. Ein wütender irregulärer Protest, bei dem offenbar nichts Schlimmeres passiert ist, ist eine Sache. Eine fortgesetzte Serie ist eine andere. Wenn die Landwirte solche Aktionen wie von Montagabend wiederholen, dann wird es auch nach Bauernprotesten Berichte darüber geben, wie Rettungswagen nicht zum Einsatz kamen oder Menschen nicht zum Job. Wenn sie öfter dafür sorgen, dass Menschen an kalten Winterabenden für Stunden im Stau stehen, wird die Stimmung umschlagen. Der Rheinische Landwirtschaftsverband hat sich umgehend von den Autobahn-Blockaden distanziert. Man habe damit nichts zu tun, hieß es. Dieser Aussage müssen die Organisationen Taten folgen lassen. Die Bauernverbände haben Einfluss auf ihre Mitglieder. Sie haben Verantwortung dafür, wie sie wahrgenommen werden. Neue unangemeldete Demos mit Autobahn- und anderen Straßenblockaden müssen sie verhindern. Sonst verspielen die Landwirte den wichtigsten Trumpf, den sie haben: den Rückhalt in der Bevölkerung.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Das Profil vieler Islamisten stellt französische Behörden vor neue Herausforderungen. Insbesondere wenn sie vorgeben, sich von extremen Ideologien gelöst zu haben. So wie Ahmed R., der einen Mann am Eiffelturm tötete.

Der Attentäter von nebenan

VON CHRISTINE LONGIN, PARIS

Armand R. hatte sogar seine Mutter getäuscht. Als er 2020 nach einer vierjährigen Haftstrafe wegen Anschlagplänen aus dem Gefängnis kam, gab sich der 26-Jährige geläutert. Ihr Sohn höre Rap, interessiere sich für historische Frauenpersönlichkeiten, esse Schweinefleisch und trinke sogar Bier, gab die gebürtige Iranerin zu Protokoll. „Er ist auf einem guten Weg.“ Die radikale islamistische Ideologie, zu der Armand R. sich bekannt hatte, schien der Vergangenheit anzugehören. Bis der junge Mann vor gut zwei Wochen am Eiffelturm einen Deutsch-Philippiner erstach und zwei weitere Menschen verletzte. Der psychisch kranke Attentäter hatte dem Islamismus keineswegs abgeschworen. Er hatte ihn vor seiner Tat nur gut getarnt.

„Ich stehe kurz vor meiner Entlassung und weiß nicht, wer ich bin. Ich glaube, ich werde zur Tat schreiten“

Armand R.
2019

„Taqiya“ nennen Experten die Praxis von Dschihadisten, ihre wahren Überzeugungen zu verschweigen, um die Behörden hinteres Licht zu führen. Beispiele gibt es viele. Über Salah Abdeslam, den einzigen Überlebenden der Anschlagserie des 13. November 2015 in Paris, berichteten Nachbarn, dass er Autos, Mädchen und Partys geliebt habe. Unter dem Deckmantel der Normalität bereitete er die Attentate mit 130 Toten vor. So wie Mohammed Merah, der 2012 in Toulouse und Montauban sieben Menschen, darunter vier Juden tötete. Nach seiner Rückkehr aus Afghanistan 2010 führte der Islamist ein angepasstes Leben, ging in Nachtclubs und trank Alkohol. „Der Kern des Krieges ist die List“, verriet er den Polizisten, die ihn 30 Stunden lang belagerten, bevor sie ihn erschossen.

Dieser Idee folgte auch Mohammed C., der 2019 einen Anschlag auf den Elysée-Palast plante. Der 17-Jährige, der wegen Radikalisierung in eine

Erziehungseinrichtung gesteckt worden war, sagte sich dort nach außen hin von der Religion los: Er wurde Freiwilliger beim Roten Kreuz und Jury-Mitglied eines Filmfestivals. Hinter den Kulissen bereitete der Teenager aber mit einer Terrorzelle das Attentat vor, das die Wachen vor dem Präsidentensitz und Passanten auf den Champs-Élysées zum Ziel hatte. Zwei verdeckte Agenten des Inlandsgeheimdienstes DGSI verhinderten den Angriff und entdeckten dabei auch, wie Mohammed C. sich seines Täuschungsmanövers rühmte.

Der Geheimdienst ist gegen solche Taktiken praktisch machtlos. Vor allem, wenn wie bei Armand R. eine psychische Erkrankung dazu kommt. „Diese Persönlichkeitstypen können zwischen friedlichen Phasen und Agitation hin und her wechseln, was ihre polizeiliche Verfolgung besonders schwer macht. Wir sind weder Psychiater noch Psycho-

logen“, sagt DGSI-Chef Nicolas Lerner der Zeitung „Le Monde“. Immerhin verteilten seine Leute in den vergangenen sechs Jahren 43 Anschläge, drei davon in diesem Jahr. Dabei beobachtete Lerner, dass die Verdächtigen immer jünger werden – „der Jüngste war erst 13“. Und dass sie sich nicht mehr in der Moschee, sondern im Internet radikalisierten. Zum Teil äußerst schnell.

Auch wenn der Geheimdienst immer wieder Erfolge feiert, sind die Agenten mit der Überwachung der Gefährder überfordert. 20.000 Radikalisierte sind in Frankreich in einem eigenen Register verzeichnet, ein Viertel davon wegen Terrorismusgefahr. Ihre 24-Stunden-Überwachung würde insgesamt 80.000 Beamte mobilisieren. Ein unmögliches Unterfangen. „Die Bedrohung ist beträchtlich und die Mittel sind deutlich unzureichend“, bemerkt der Kriminalwissenschaftler Alain Bauer gegenüber unserer Redaktion.

Immerhin wurde nach der Anschlagserie des Jahres 2015, bei der auch entlassene Häftlinge beteiligt waren, ein eigener Gefängnisgeheimdienst eingerichtet. Im Fall von Armand R. hatten die Beamten allerdings Schwierigkeiten, das Verhalten des Gefangenen, das zwischen Abkehr vom Islamismus und Radikalisierung schwankte, einzuordnen. Auf 57 Seiten hielten die Agenten klare Anschlagabsichten fest. So wird der Häftling 2019 mit der Äußerung zitiert: „Ich stehe kurz vor meiner

INFO

Tödlicher Messerangriff auf einen Gymnasiallehrer

Überwachung Mitte Oktober war es dem Inlandsgeheimdienst nicht gelungen, das tödliche Messerattentat auf einen Lehrer in einem Gymnasium im nordfranzösischen Arras zu verhindern. Der Attentäter, ein 20-jähriger ehemaliger Schüler, war vorher abgehört und von einer Anti-Terror-Einheit überwacht worden.

Kontrolle Noch am Tag vor dem Attentat wurde der 20-Jährige kontrolliert, ohne dass ihm etwas nachgewiesen werden konnte. „Das Profil zeigt ein radikalisiertes Individuum, dessen Potenzial bekannt ist, das aber so plötzlich zur Tat schreitet, dass sein Ausschalten schwierig wird“, zitiert der „Figaro“ einen mit dem Fall betrauten Beamten.



Polizisten patrouillieren am Eiffelturm nach dem Angriff. FOTO: DPA

Entlassung und weiß nicht, wer ich bin. Ich glaube, ich werde zur Tat schreiten.“ Nach seiner Freilassung wurde der junge Mann deshalb juristisch kontrolliert und psychiatrisch betreut. Auch vom DGSI wurde er beobachtet. Doch es habe zu wenig Austausch zwischen den einzelnen Diensten gegeben, kritisiert Kriminologe Bauer.

Islamisten, die wie Armand R. aus der Haft entlassen werden, sind eine besondere Herausforderung für die Geheimdienste. Seit 2018 kamen 486 islamistische Gefangene frei, in diesem Jahr sollen es 86 sein. Mehr als die Hälfte der Islamisten, die das Gefängnis verließen, würden als nicht mehr aktiv eingestuft, sagt Lerner. Dennoch würden sie weiter vom Geheimdienst beobachtet: „Angesichts dieses täglichen Engagements bedeutet jede Tat für uns eine bittere Frustration und eine enorme Traurigkeit.“

Angesichts der Bedrohung, die auf Frankreich lastet, fordern die Parteien am rechten Rand, alle Islamisten nach ihrer Haftentlassung in Sicherheitsverwahrung zu nehmen. Notfalls lebenslang. Bisher ist eine Sicherheitsverwahrung für Häftlinge möglich, die nach mehr als 15 Jahren Haft wegen Schwerverbrechen wie Mord, Vergewaltigung oder Entführung weiterhin eine Gefahr darstellen. Die Maßnahme, die 2008 eingeführt wurde, gilt erst einmal für ein Jahr und kann später unbegrenzt verlängert werden. Allerdings wurde bereits damals eine Aushöhlung des Rechtsstaates kritisiert.

„Seit der Französischen Revolution geht man wegen Verbrechen, die man begangen hat, ins Gefängnis. Nicht im Namen einer Gefährdung“, bemerkte der ehemalige Justizminister Robert Badinter. Wenn nun, wie von der extremen Rechten gefordert, auch alle Gefährder eingesperrt werden sollen, würde das der Willkür Tür und Tor öffnen. Die Sicherheit der Französischen und Franzosen wäre damit trotzdem nicht garantiert. Denn der Islamismus findet immer neue Freiwillige.

WISSENSDRANG

Auch an deutschen Universitäten erklären einige Studierende – und keineswegs nur arabische – die faschistische Hamas, die die Vernichtung aller Juden anstrebt, als eine Befreiungsbewegung. Das hat unter jüdischen Studierenden berechnete Ängste ausgelöst. Es wäre wichtig, Formate zu entwickeln, die Studierende über die komplexe Entwicklung der Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern informieren, und verschiedene Gruppen am Campus miteinander ins Gespräch zu bringen, um solche Ängste abzubauen. Leider zeichnet sich stattdessen eine neue Variante der Cancel Culture ab, die sich jetzt eher gegen Linke richtet.

Am 11. Dezember sollte Phoebe Walton vom Londoner Forschungsinstitut

Eine Gefahr für die Wissenschaft

Nach der Absage einer Hochschulveranstaltung gibt es Kritik am Rektor.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Forensic Architecture an der RWTH Aachen am Beispiel eines Gewaltverbrechens in den Niederlanden die Methodik des Einsatzes von Architekturmodellen zur Aufklärung von Kriminalfällen und Kriegsverbrechen erläutern. Doch dazu kam es nicht. Der Vortrag wurde auf Anweisung des Rektors kurzfristig abgesagt. Der Gründer des Instituts Forensic Architecture, Eyal Weizman, ist ein scharfer Kritiker der israelischen Regierungs- und Siedlungspolitik. Vor diesem Hintergrund hatte eine Gruppe jüdischer Studierender Unbehagen und die Sorge geäußert, dass die Veranstaltung die Polarisierung unter den Studierenden verstärken könnte. In der Erklärung des Rektors hieß es, die RWTH müsse gegenüber der Wissenschaftsfreiheit abwägen, „ob die

Sicherheit einer Veranstaltung und das Wohl unserer Studierenden, für die wir eine Fürsorgepflicht haben, gefährdet sind“. Die Wissenschaftsfreiheit scheint in Aachen kein starkes Gewicht auf die Waage zu bringen. Für die Sicherheit einer Veranstaltung wäre die Polizei zuständig gewesen – wenn überhaupt eine konkrete Gefährdung vorgelegen hätte. Die unverhältnismäßige Absage, die nicht einmal einen direkten Bezug zu Israel hatte, hilft niemandem. Sondern schützt allenfalls das Rektorat vor dem Vorwurf mangelnder Empathie.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.